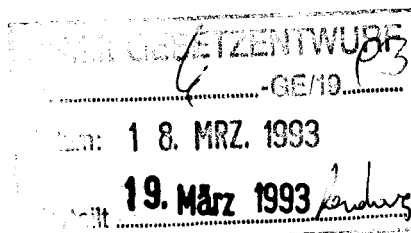


BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Bundeswirtschaftskammer

Bundeswirtschaftskammer A-1045 Wien - Postfach 108

An das
BM f Unterricht
u KunstMinoritenplatz 5
1011 Wien*Dr. B. B. B.*

Ihre Zahl/Nachricht vom

Unsere Zahl/Sachbearbeiter
WissB 100/101/103/
104/93/MagFi/SIBitte Durchwahl beachten
Tel. 501 06/ 4076
Fax 502 06/ 261Datum
10.3.93Betreff Novellenentwürfe zum Schulorganisationsgesetz, Schulunterrichtsgesetz, Schulpflichtgesetz und Pflichtschülerhaltungsgesetz-Grundsatzgesetz

Gegen die im Betreff angeführten Gesetzesentwürfe im Zusammenhang mit der Überführung der Schulversuche betreffend den gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht behinderter Kinder in das Regelschulwesen im Bereich der Volksschule erheben wir keine grundsätzlichen Einwände. Gleichzeitig möchten wir darauf hinweisen, daß neben dem Wahlrecht der Eltern ihr behindertes Kind entweder in eine Sonderschule oder in eine geeignete Volksschule zu schicken, auch eine "Chancengleichheit" zwischen der allgemeinen Sonderschule und Integrationsklassen gegeben sein müßte. Wichtig erscheint uns vor allem auch, daß entsprechend ausgebildete Lehrer vorhanden sind, damit im Rahmen der Volksschul Ausbildung eine mögliche Leistungsminderung in der Ausbildung der nicht behinderten Kinder hintangehalten wird. Wir hielten eine Koppelung des Inkrafttretens der vorliegenden Gesetzesentwürfe mit den notwendigen entsprechenden Lehrerweiterbildungsmaßnahmen für zweckmäßig.

Mit vorzüglicher Hochachtung
BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Der Präsident:

Leopold Maderthaner

Der Generalsekretär:

Dr Günter Stummvoll